

20. Jan. 2006

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Caspar Einem

und Genossen

an den **Präsidenten des Nationalrates Univ. Prof. Dr. Andreas Khol**

betreffend **Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments** zur Frage der Abhaltung von parlamentarischen Foren über die weitere Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Europäischen Verfassung.

Mit Datum vom 16. Jänner 2006 richteten die Präsidenten des österreichischen Nationalrates, des deutschen Bundestages und der finnischen Eduskunta einen gemeinsamen Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, mit dem sie auf die vom Europäischen Parlament ausgesprochene Einladung zu gemeinsamen Aktionen für einen Dialog zur Zukunft Europas ablehnten. Der Präsident des österreichischen Nationalrates hat in Interviews mit verschiedenen Medien auch zu den Gründen, die für seine Entscheidung für diesen Brief maßgeblich waren Stellung genommen. Es erscheint nicht bloß wert, sondern notwendig, auch die Mitglieder des Nationalrates über die Beweggründe und Prämissen für diesen Brief zu informieren.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Präsidenten des Nationalrates, Univ. Prof. Dr. Andreas Khol die folgende

Anfrage

1. Warum erfahren Angehörige des Nationalrates über diesen Brief, der doch relativ grundsätzliche Weichenstellungen vornimmt, nur aus den Medien?
2. Gibt es in Ihren Augen gute Gründe für die Zurückhaltung der nationalen Parlamente, sich an der breiten Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen?
3. Sollten die von Ihnen angeführten Gründe in der mangelhaften Ausstattung mit Ressourcen gelegen sein: Wäre es die Sache nicht wert, das Parlament mit den notwendigen Ressourcen auszustatten?
4. Halten Sie den von Österreich betriebenen Aufwand für die Durchführung der Präsidentschaft für übertrieben?

5. Wie viel soll den Parlamenten die Zukunft Europas wert sein?
6. Gibt es in Ihren Augen gute Gründe für die Zurückhaltung der nationalen Parlamente, sich an der breiten Debatte über die Zukunft der Europäischen Verfassung zu beteiligen?
7. Sollten die von Ihnen angeführten Gründe in der mangelhaften Ausstattung mit Ressourcen gelegen sein: Wäre es die Sache nicht wert, das Parlament mit den notwendigen Ressourcen auszustatten?
8. Halten Sie den von Österreich betriebenen Aufwand für die Durchführung der Präsidentschaft für übertrieben?
9. Wie viel soll den Parlamenten die Zukunft von Europas Verfassung wert sein?
10. Gibt es in Ihren Augen gute Gründe für die Zurückhaltung der nationalen Parlamente, sich an der breiten Debatte über die Zukunft Europas bzw. der Europäischen Verfassung gemeinsam mit dem Europäischen Parlament zu beteiligen?
11. Können Sie ausschließen, dass bei Ihrer Ablehnung der Einladung durch das Europäische Parlament Funktionseifersucht im Verhältnis des Präsidenten eines nationalen Parlaments gegenüber dem Europäischen Parlament eine Rolle gespielt hat?
12. Wenn ja: halten Sie das für eine angemessene Entscheidungsgrundlage?
13. Welcher Gesamteindruck über die Haltung des Nationalrates zum europäischen Projekt kommt durch Ihr Schreiben zum Ausdruck?
14. Sind Sie wirklich der Meinung, Souverän über die europäische Verfasstheit seien die Regierungen und nicht in letzter Konsequenz das Volk?
15. Durch wen soll das Volk vertreten werden?
16. Ist Ihre Position mit der des gegenwärtigen Bundeskanzlers kompatibel, der sich wiederholt im Nationalrat für eine (gesamt-) europäische Volksabstimmung über die Europäische Verfassung ausgesprochen hat?
17. Sollte nach Ihrer Auffassung der österreichische Nationalrat in Fragen der Weiterentwicklung der EU und der Europäischen Verfassung Zurückhaltung üben und bloß dann, wenn der gegenwärtige Bundeskanzler gehandelt hat, seine Zustimmung freudig zum Ausdruck bringen?
18. Falls ja, halten Sie das nicht für Selbstentmachtung der Volksvertretung?
19. Haben Sie bedacht, dass Ihre im Brief zum Ausdruck kommende Position darauf hinaus läuft, das parlamentarische Vertretungsrecht in Fragen der Weiterentwicklung der Europäischen Union an das Europäische Parlament abzutreten?

20. Halten Sie die in Ihrem Brief zum Ausdruck kommende Position für kompatibel mit der Position, die der österreichische Ratsvorsitzende am 18. 1. 2006 bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament, vor allem in Hinblick auf die beabsichtigte enge Kooperation mit diesem zum Ausdruck gebracht hat?
21. Wer soll mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten?

Ein Ja

Prof. Dr. Huber